



Nr. 285 | 25.05.2023

Ukraine-Analysen

- Innenpolitik
- Eliten

■ ANALYSE	
Zwischen Kriegsrecht und Reformen. Die innenpolitische Entwicklung der Ukraine	2
Von Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
<hr/>	
■ ANALYSE	
Die politischen Eliten der Ukraine im Wandel	5
Von Oksana Chorna, Heiko Pleines (beide Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)	
■ STATISTIK	
Wandel der politischen Elite in der Ukraine im Vergleich	8
<hr/>	
■ CHRONIK	
22. März – 04. April 2023	13

Zwischen Kriegsrecht und Reformen. Die innenpolitische Entwicklung der Ukraine

Von Heiko Pleines (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/UA.285.01

Zusammenfassung

Der Beitrag fasst die zentralen innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine seit der Verhängung des Kriegszustandes am 24.02.2022 zusammen. Er betrachtet sowohl die Reformen zur Korruptionsbekämpfung im Rahmen der EU-Beitrittsverhandlungen als auch den dramatischen Wandel in der politischen Landschaft und den Medien. Im Ergebnis ist Präsident Wolodymyr Selenskyj zum dominanten Akteur geworden. Seine Position und seine Personalpolitik werden kritisch diskutiert.

Einleitung

Der großangelegte russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der im Februar 2022 begann, bewirkte in der Ukraine einen Stimmungsumschwung und eine neue gesellschaftliche Geschlossenheit, wie mittlerweile eine Vielzahl von repräsentativen Meinungsumfragen belegen. Russland diskreditierte sich bei der ukrainischen Bevölkerung endgültig (selbst im russophonen Osten) – und damit zumindest teilweise auch die russische Sprache und Kultur. Gleichzeitig stieg bei der ukrainischen Bevölkerung die Zustimmung zu einem EU-Beitritt innerhalb von zwei Monaten von 65 Prozent auf 91 Prozent. Ebenso erklärten nun 94 Prozent, dass es wichtig sei, dass die Ukraine »eine vollständig funktionierende Demokratie« werde. In beiden Fällen gibt es keine großen regionalen Differenzen mehr.

EU-Integration und Korruptionsbekämpfung

Auf Grundlage eigener Umfragedaten erklärt Olga Onuch die fast einhellige Zustimmung damit, dass die ukrainische Bevölkerung in Krisenzeiten Demokratie als Antwort auf die akuten Probleme begreift. Sie weist gleichzeitig darauf, dass die auf Einheit und Handlungsfähigkeit zielenden Maßnahmen der politischen Akteure sowohl während der Corona-Pandemie als auch in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg diese Sichtweise bestärkt haben. Demokratie und EU-Integration sind damit in der Ukraine erstmals nicht nur mehrheitsfähig, sondern unumstritten.

Die EU fördert weiterhin die Demokratisierung in der Ukraine. Als sie im Juni 2022 der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zustimmte, machte sie sieben vorrangige Empfehlungen für Reformen in der Ukraine. Alle hatten einen Bezug zu Demokratie, konkret ging es um Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung, Medienfreiheit und Rechte nationaler Minderheiten. Eine größere Bereitschaft der Ukraine, international etablierte rechtsstaatliche Prinzipien zu übernehmen, zeigte

sich auch im Juni 2022 als das ukrainische Parlament die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt mit nur 8 Gegenstimmen ratifizierte, während die Ratifizierung 2016 noch gescheitert war.

Auch bei der Korruptionsbekämpfung gab es Fortschritte. Im Dezember 2022 wurde das skandalumwitterte Kyjiwer Bezirksverwaltungsgericht aufgelöst, das wegen seiner Zuständigkeit für die Amtssitze nationaler politischer Organe häufig mit politisch motivierten Urteilen die nationale Politik beeinflusst hatte. Die führenden Behörden der Korruptionsbekämpfung wurden in aufwändigen Auswahlverfahren neu besetzt. Als im Januar 2023 mehrere Korruptionsskandale bekannt wurden, führte dies sofort zu umfangreichen Ermittlungen und Entlassungen hochrangiger Staatsbeamter. Die EU begrüßte den Schritt da er zeige, dass die Regierung die Korruptionsvorwürfe ernst nehme. Auch die Justizreform, sowohl für den Rechtsstaat als auch für die nachhaltige Korruptionsbekämpfung von zentraler Bedeutung, macht Fortschritte. Die Mitglieder der Auswahl- und Kontrollgremien für die Neubesetzung von über 3.000 Richterpositionen werden derzeit rekrutiert.

Kriegszustand

Die Verhängung des Kriegszustands brachte aber gleichzeitig Einschränkungen der Demokratie mit sich. In demokratischen Verfassungen sind häufig Sonderregelungen für akute Krisen vorgesehen, die der Regierung schnelleres Handeln ermöglichen sollen. Das deutsche Grundgesetz hat so z. B. Sonderregelungen für den Verteidigungsfall. Die ukrainische Verfassung sieht ebenfalls Sonderregelungen für den Kriegszustand vor, etwa bezogen auf den Wehrdienst (Mobilisierung), individuelle Rechte (z. B. Versammlungsfreiheit, Ausgangssperren etc.) oder die Verstaatlichung von Eigentum. Der Kriegszustand wird vom Präsidenten verkündet und vom Parlament bestätigt.

Zentrale Grundrechte bleiben aber weiterhin explizit geschützt. Das Parlament bleibt für den gesamten

Zeitraum des Kriegszustandes im Amt, auch über ein mögliches Ende der Legislaturperiode hinaus, da unter Kriegsrecht keine Wahlen abgehalten werden dürfen (die Parlamentswahlen stehen eigentlich im Oktober 2023 an). Es muss über Verordnungen des Präsidenten innerhalb von zwei Tagen entscheiden. Während des Kriegszustandes darf die Verfassung nicht geändert werden. Die ukrainische Verfassung gibt so dem Präsidenten zusätzliche Kompetenzen und eine größere Machtfülle, um vor allem eine schnellere Beschlussfassung und damit die Landesverteidigung effektiv zu organisieren. Gleichzeitig setzt sie enge Grenzen für politische Reformen, um Machtmissbrauch zu verhindern.

Das ukrainische Parlament hat trotz des Kriegszustands (manche würden sagen, gerade im Kriegszustand endlich mal) effizient gearbeitet. Viele wichtige Gesetze zur Reaktion auf die dramatischen Folgen des russischen Angriffskriegs, von Wirtschaftshilfe über Arbeitsmarktreform bis zur Vorbereitung auf den EU-Beitritt, wurden zügig auf den Weg gebracht. Allein im Frühjahr 2022 verabschiedete das Parlament 229 neue Gesetze – damit wurden alle vorherigen Sitzungsperioden übertroffen. In Reaktion auf den im Januar 2023 publik gewordenen Korruptionsskandal bei der ukrainischen Armee verstärkte der zuständige Parlamentsausschuss nach einer Sondersitzung seine Kontrolle über den Verteidigungshaushalt.

Neue politische Landschaft

Für die politische Handlungsfähigkeit Selenskyjs waren aber weniger die Verfassungsregeln zum Kriegszustand relevant, als vielmehr die Tatsache, dass sowohl seine Popularität als auch die Unterstützung durch weite Teile von Politik und Gesellschaft in Reaktion auf den russischen Angriffskrieg extrem gestiegen waren. In repräsentativen Umfragen im August und im Dezember 2022 erklärten jeweils etwa 80 Prozent der Befragten, dem Präsidenten zu vertrauen. Das Vertrauen in Gerichte oder politische Parteien blieb mit um die 20 Prozent aber gering. Die breite Zustimmung in der Bevölkerung ermöglichte Selenskyj auch einen größeren Einfluss auf die politische Landschaft.

Ab April 2022 wurden hochrangige Mitarbeiter von Regierung, Armee und Geheimdienst unter dem Vorwurf der Kollaboration entlassen. Im Januar 2023 folgte eine erneute Entlassungswelle in Reaktion auf Korruptionsvorwürfe. Gegen etliche Politiker wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Im Ergebnis konnte Selenskyj einige Schlüsselpositionen neu besetzen. Wie sich exemplarisch bei zwei Ernennungen Ende Juli 2022 zeigte, ist das Ergebnis gemischt. Während so der neu ernannte Generalstaatsanwalt als loyal aber ungeeignet gilt, wird der von ihm eingesetzte Sonderstaatsanwalt für die Korruptionsbekämpfung weithin als Idealbe-

setzung gesehen. Gemischt war auch die Einschätzung zum Anfang März 2023 ernannten neuen Leiter des Nationalen Anti-Korruptionsbüros (NABU): das aufwändige Auswahlverfahren (inkl. der Beteiligung internationaler Experten) war transparent, aber dem Gewinner Semen Krywonos wurde Nähe zum einflussreichen Präsidialamt zugeschrieben. Selenskyj versuchte außerdem bei der gesetzlichen Neuregelung sowohl für die Besetzung des Verfassungsgerichts als auch der Medienaufsicht die Kompetenzen des Präsidenten auszuweiten.

Bereits im Mai 2022 wurden alle pro-russischen Parteien verboten. Die Parlamentsfraktion der größten Oppositionspartei, der »Oppositionsplattform – Für das Leben«, die bei den Wahlen 2019 einen Stimmenanteil von 13 Prozent erreicht hatte, wurde anschließend aufgelöst. Die Abgeordneten behielten aber ihre Mandate. Bis Juni wurden 11 weitere Kleinstparteien mit Verbindungen zu Russland verboten. Die Oppositionsparteien aus dem »national-konservativen Lager«, vertreten etwa durch Petro Poroschenko oder Julija Tymoschenko, haben massiv an Zustimmung verloren und sind außerhalb des Parlaments keine relevante politische Kraft mehr. Es wird daher eine allgemeine Neusortierung der Parteienlandschaft erwartet. Solange diese nicht stattfindet, dominieren Selenskyj und sein Präsidialamt die politische Bühne – insbesondere, da die Oligarchen »hinter der Bühne« nicht mehr die Fäden in der Hand halten.

Durch die neue politische Geschlossenheit und aufgrund massiver wirtschaftlicher Verluste durch den Krieg ging der politische Einfluss der Oligarchen deutlich zurück. Ein Indikator hierfür war im November 2022 die Verstaatlichung von als kriegswichtig eingestuften Unternehmen mehrerer Oligarchen, darunter des als Selenskyj-Förderer bezeichneten Ihor Kolojtschuk. Einer der einflussreichsten Oligarchen, Rinat Achmetow, gab im Juli sein Mediengeschäft auf. Seine Media Group Ukraine übertrug die Sendelizenzen an den Staat.

Auch die Medienlandschaft ändert sich so. Kurz nach dem russischen Großangriff einigten sich die wichtigsten Fernsehsender auf ein gemeinsames Programm, das ausschließlich aus politischen Sendungen bestand, den sog. Telemarathon. Das nationale Kulturministerium wirkt bei der Auswahl der Interviewpartner mit. Der dem ehemaligen Präsidenten Petro Poroschenko nahestehende Sender »5. Kanal«, der sich nicht am Einheitsprogramm beteiligen wollte, beklagt daraufhin den Entzug von Sendefrequenzen. Im Juli 2022 sahen immerhin 57 Prozent der Bevölkerung zumindest einmal die Woche das Einheitsprogramm. Als Nachrichtenquelle lag es aber deutlich hinter sozialen Medien wie Telegram, die inzwischen eine deutlich größere Rolle spielen. Zum Herbst 2022 stiegen dann mehrere Sender

aus dem Einheitsprogramm aus und erreichten höhere Einschaltquoten.

Ausblick

Der Krieg markiert einen Wendepunkt in der Entwicklung des politischen Regimes der Ukraine. In der Bevölkerung ist die Demokratie als angestrebte Regierungsform erstmals unumstritten. Ähnlich wie die Demokratisierung im Nachkriegsdeutschland mit dem Wirtschaftswunder verknüpft wurde, wirkt jetzt die Perspektive der EU-Integration in der Ukraine als positive Verstärkung. Die EU fordert dabei explizit die von ihr gesetzten demokratischen Standards ein. Gleichzeitig hat sich die politische Landschaft im Laufe des Jahres 2022 vor allem durch die Konzentrierung der Macht in der Exekutive, das Verbot eines Teils des politischen Spektrums und durch den weitgehenden Ausstieg der Oligarchen aus dem Mediengeschäft (und vielleicht auch aus der Politik) nachhaltig verändert.

Eine erfolgreiche Demokratisierung ist jedoch kein Selbstläufer. Zum einen hängt über der Ukraine das Damoklesschwert des russischen Angriffskriegs. Es ist eine große Herausforderung unter diesen Bedingungen erfolgreich und langfristig Politik zu gestalten.

Zum anderen verfolgt Selenskyj bereits seit Beginn seiner Amtszeit eine populistische Personalpolitik. Selenskyjs Populismus wird in der wissenschaftlichen Literatur oft als »technokratisch« beschrieben. Es geht dabei nicht um »populäre Positionen«, sondern um die Idee, dass Experten, also Technokraten, die alten, korrupten politischen Eliten ersetzen sollen. Selenskyj selber vertritt in dieser Perspektive das Volk gegen die alten Eli-

ten. Da das Volk aber nicht selber regieren kann, holt Selenskyj im Auftrag des Volkes an Problemlösung orientierte und nicht von politischer Macht und Korruption besessene Experten (von außerhalb des etablierten Politikbetriebs) in sein Team – so die propagierte Idee.

Diese Position ist im Fall der Ukraine sicher nicht ganz unberechtigt. Die Antwort einer auf Rechtsstaatlichkeit basierenden Demokratie auf diese Probleme sind aber geregelte, transparente und an Leistung orientierte Auswahlverfahren, nicht das Vertrauen in die Urteilsfähigkeit des Präsidenten. Wenn Selenskyjs Kompetenzen bei der Auswahl von Verfassungsrichtern und Medienaufsicht jetzt ins Gesetz geschrieben werden, dann kommt auch gleich noch das Vertrauen in die Urteilsfähigkeit zukünftiger Präsidenten hinzu, da Selenskyjs Nachfolger erst einmal dieselben Vollmachten haben wird. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass häufige Personalwechsel – wie bereits 2020 der Austausch der ersten Regierung nach nur gut einem halben Jahr im Amt – nicht immer die Umsetzung einer langfristig geplanten Politik erleichtern. Gleichzeitig handelt Selenskyj derzeit unter extremer Unsicherheit und großem Risiko. Ein zuverlässiges Team ist dabei von besonderem Wert.

Sowohl in seiner Personalpolitik als auch bei den Reformen für Korruptionsbekämpfung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit muss Selenskyj die Balance finden zwischen dem Vertrauen in sein eigenes Urteilsvermögen und der Übergabe von Kompetenzen an institutionalisierte – und damit von ihm nicht mehr direkt kontrollierbare – Verfahren, die nach allgemeinen Regeln funktionieren.

Über den Autor

Prof. Dr. *Heiko Pleines* leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

Lesetipps

- DIF (2022) – Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation, Razumkov Centre (2022): repräsentative Umfragen unter der ukrainischen Bevölkerung, online frei zugänglich bei www.discuss-data.net
- Dorontseva, Yelizaveta (2023): Liquidation of the District Administrative Court of Kyiv, *Vox Ukraine*, 23 January 2023, <https://voxukraine.org/en/in-the-focus-of-the-reform-index-liquidation-of-the-district-administrative-court-of-kyiv-how-to-carry-the-reform-through-and-not-just-change-the-sign/>
- Gatskova, Kseniia (2022): Herausragende Leistung: Selenskyj als Präsident der geeinten Ukraine, *Ukraine-Analysen* 266, 15–17, <https://doi.org/10.31205/UA.266.04>
- Klein, Eduard; Nelles, Mattia (2023): Der innere Kampf: Korruption und Korruptionsbekämpfung als Hürde und Gradmesser für den EU-Beitritt der Ukraine, *Ukraine-Analysen* 280, 2–6, <https://doi.org/10.31205/UA.280.01>
- Onuch, Olga (2022): Why Ukrainians Are Rallying Around Democracy, *Journal of Democracy*, 33:4, 37–46, <https://muse.jhu.edu/article/866640>
- Viedrov, Oleksii (2022): Back-to-normality outsiders: Zelensky's technocratic populism, 2019–2021, in: *East European Politics* (online first), <https://doi.org/10.1080/21599165.2022.2146092>
- Whitmore, Sarah (2023): Ukraine's Parliament: One year at war, *Hansard Society blog*, 23 February 2023, <https://www.hansardsociety.org.uk/blog/ukraines-parliament-one-year-at-war>

Die politischen Eliten der Ukraine im Wandel

Von Oksana Chorna, Heiko Pleines (beide Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

DOI: 10.31205/UA.285.02

Zusammenfassung

Ausgehend von einer international vergleichenden Studie beschreibt dieser Beitrag die Zusammensetzung der politischen Eliten der Ukraine. Nach einer kurzen Vorstellung der Studie werden vor allem sozialistische Vergangenheit der Eliten, Alter, beruflicher Hintergrund und Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen thematisiert. Abschließend wird ein kurzer Überblick über den Wandel der politischen Eliten unter Präsident Wolodymyr Selenskyj seit 2019 gegeben.

Der Sinn von Elitenstudien

Während die politischen Eliten im engeren Sinne nur Personen umfassen, die regelmäßig in den politischen Nachrichten erscheinen, also die zentralen Entscheidungsträger:innen, ist es für das Verständnis der Politik eines Landes auch wichtig, einen größeren Kreis beteiligter Personen zu erfassen. Der Begriff »politische Eliten« beschreibt so die recht große Gruppe, die an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt ist. Das umfasst neben Regierung und Parlament von der lokalen bis zur nationalen Ebene auch die höchsten Gerichte, staatliche Organe wie etwa die Zentralbank, einen Rechnungshof oder eine Medienaufsicht, ebenso staatliche Positionen in der Leitung von großen Wirtschaftsunternehmen oder im öffentlichen Rundfunk.

Elitenstudien erfassen für diese mehrere Hundert Personen umfassende Gruppe, oder für ausgewählte Teile dieser Gruppe, zentrale sozio-demographische Merkmale. Ein Grund hierfür ist das Konzept der »deskriptiven Repräsentation«, welches etwa eine Rolle spielt, wenn der Frauenanteil in Regierung oder Parlament erfasst wird. Die Idee dahinter ist, dass eine gleichberechtigte Repräsentation von Frauen auch eine gleichberechtigte Behandlung in der Politik verspricht. Ein weiterer Grund für die Beschreibung sozio-demographischer Merkmale der politischen Eliten ist der Versuch, so grundlegende Einstellungen und Motivationen erfassen zu können. Zu diesem Zweck werden etwa über das Alter verschiedene Generationen mit spezifischen Erfahrungen identifiziert. Auch die Berufsausbildung, eine Tätigkeit als Unternehmer:in, Reichtum oder Erfahrungen in bestimmten Gesellschaftsbereichen werden hier oft thematisiert.

Für die Ukraine gibt es allerdings nur eine Handvoll solcher Studien, vor allem von Elena Semenova und Tetiana Kostyuchenko. Diese Studien erfassen nur Ausschnitte und sind außerdem bereits etliche Jahre alt, werden dem dynamischen politischen Wandel in der Ukraine also nicht gerecht. Daneben gibt es mit dem Ziel der Erfassung politischer Korruption die von

unabhängigen Organisationen geführten »Open Source National Databases on Politically Exposed Persons« sowie den »Chesno Polithub«. Beide erfassen aber nicht alle politischen Eliten und haben mit der Korruptionsbekämpfung ein enges Ziel, das die Erfassung vieler sozio-demographischer Informationen nicht erfordert.

Das kollektive Elitenprofil im Zeitverlauf

Wir haben als Teil einer größeren Elitenstudie für insgesamt acht Stichjahre von 1992 bis 2023 die Besetzung von insgesamt 546 Positionen identifiziert, die einen Überblick über die politischen Eliten der Ukraine geben. Da einige Personen längerfristig im Amt waren oder verschiedene von uns erfasste Positionen innehatten, umfasst unser Datensatz insgesamt 380 Angehörige der ukrainischen politischen Eliten. Die Mehrheit von ihnen ist nicht in allgemeinen Wahlen von der Bevölkerung gewählt worden, sondern wurde in staatlichen Auswahlprozessen ernannt, wie etwa für die Regierung, höchste Gerichte, Gouverneursposten (also die Leitung der Regionalverwaltungen), staatliche Organe (wie die Zentralbank) oder die Leitung von Staatsunternehmen. Die Informationen für den Datensatz wurden per Online-Recherche zusammengestellt. Die Besetzung der Positionen wurde den Internetseiten der jeweiligen Institutionen entnommen. Die Lebensläufe wurden zusätzlich aus verschiedenen Quellen recherchiert.

Mit demselben Vorgehen wurden zusätzlich auch die politischen Eliten in drei Ländern Mittelosteuropas (Polen, Tschechien, Ungarn) sowie in Russland und in Ostdeutschland (fünf ostdeutsche Bundesländer) erfasst. Diese Länder dienen uns hier teilweise als Vergleich, um die ukrainischen Zahlen und Entwicklungen besser einordnen zu können.

Eliten mit sozialistischer Vergangenheit

Nach dem Ende der Sowjetunion war die erste große Frage der Elitenforschung der Verbleib der alten sozialistischen Eliten. 1992 hatten die sozialistischen Eliten noch einen Anteil von 89 Prozent an den von uns erfass-

ten ukrainischen politischen Eliten gehabt. Die Parlaments- und Präsidentenwahlen 1994 mit Regierungsneubildung brachten dann aber einige Neuzugänge ohne vorheriges politisches Profil in führende Positionen. 1995 hatten so noch zwei Drittel eine offizielle, aktive Rolle im Sozialismus gespielt. In Russland waren es im selben Stichtag über 80 Prozent. In Polen, Tschechien und Ungarn hingegen lag der Anteil alter Eliten 1995 bereits unter 40 Prozent. Dieser Unterschied erklärt sich unter anderem dadurch, dass in den ostmitteleuropäischen Ländern ein großer Teil der neuen politischen Eliten aus der ehemaligen Opposition gegen den Sozialismus kam. Dies gab es in nennenswerter Zahl weder in der Ukraine noch in Russland (und auch nicht in Ostdeutschland).

Der Anteil von Eliten mit aktiver politischer Vergangenheit im Sozialismus ging aber in den folgenden Jahren in der Ukraine deutlich schneller zurück als in Russland. Im Jahr 2010 lag er in Russland immer noch bei zwei Dritteln, während er in der Ukraine bereits auf gut ein Drittel gesunken war. Der Elitenwechsel nach dem Erfolg der Maidan-Proteste von 2013/14 gegen die Präsidentschaft von Wiktor Janukowytsh, der durch weitreichende Regeln für Lustration verstärkt wurde, führte bereits 2015 dazu, dass nur noch deutlich weniger als 10 Prozent der ukrainischen politischen Eliten in der Sowjetunion eine politisch aktive Rolle gespielt hatten. Der ukrainische Wert sank damit unter den in Tschechien und Ungarn. Im Jahr 2023 war der ukrainische Wert bei null angekommen.

Teil dieser Entwicklung war das altersbedingte Ausscheiden der bereits im Sozialismus aktiven Eliten. Über die Hälfte der ukrainischen politischen Eliten des Jahres 2020 war noch nicht volljährig gewesen, als die Sowjetunion zerfiel. Das Durchschnittsalter der ukrainischen Eliten sank auch leicht, lag aber 2023 immer noch bei 49 Jahren. Hinzu kam in der Ukraine, dass der Anteil der politischen Eliten, die länger als fünf Jahre im Amt waren, selbst im Vergleich zu Ostmitteleuropa ab 2015 sehr niedrig war. Im Ergebnis dauerte der Elitenwechsel in der Ukraine länger, war aber durchgreifend.

Beruflicher Hintergrund

In den 1990er Jahren waren die politischen Eliten in der Ukraine zu über einem Drittel gelernte Ingenieur:innen. 1995 wurde ein weiteres Fünftel von Naturwissenschaftler:innen gestellt. Dies war vor allem ein Erbe der sozialistischen Planwirtschaft, die Ingenieur:innen und Naturwissenschaftler:innen auch auf politische Entscheidungspositionen befördert hatte. Mit den Reformen der 1990er Jahre stiegen Vertreter:innen zweier weiterer Berufsgruppen häufig in die politischen Eliten auf. Von 1990 bis in die Gegenwart hatte immer etwa ein Fünftel einen Hintergrund in Wirtschaft oder Finanzen. Der Anteil der Jurist:innen unter den ukrai-

nischen politischen Eliten stieg von knapp 10 Prozent in den 1990ern auf ein Viertel ab 2015. 2023 betrug der Wert ein Drittel. Auffällig bei den ukrainischen politischen Eliten ist, dass mit dem Wahlsieg von Wolodymyr Selenskyj die Ukraine der einzige Fall ist, in dem mehr als 10 Prozent von ihnen aus dem Bereich Unterhaltung/Medien kommen (11 Prozent im Jahr 2023).

Ebenfalls ungewöhnlich hoch ist in der Ukraine der Wert für Privatunternehmer:innen und Multi-Millionär:innen. Bei den Privatunternehmer:innen weist die Ukraine einen kontinuierlichen Anstieg aus. Ab 2015 hat sie im Ländervergleich die mit Abstand höchsten Werte. Dies dürfte aber zum Teil auch mit dem im Zuge der Korruptionsbekämpfung eingeführten elektronischen Vermögensregister zu tun haben, das im Ländervergleich weit überdurchschnittliche Transparenz schuf. Beim Anteil der Multi-Millionär:innen liegt die Ukraine mit einem Spitzenwert von fast 20 Prozent im Jahr 2015 ebenfalls weit vorne, obwohl Ungarn noch höhere Werte aufweist. 2023 sinkt der Wert in der Ukraine aber auf unter 10 Prozent.

Ansonsten ergeben sich für die Ukraine im Vergleich zu Mittelosteuropa keine großen Unterschiede. Während ein Hintergrund im Bereich Militär/Geheimdienst für die politischen Eliten in Russland relevant ist (im Extrem mit einem Anteil von 20 Prozent im Jahr 2005), liegt dieser Wert in der Ukraine wie auch in den mitteleuropäischen Vergleichsländern immer deutlich im einstelligen Bereich. In der Ukraine hat sich daran auch ein Jahr nach Beginn des großflächigen russischen Angriffskriegs nichts geändert.

Frauenanteil

Auffällig ist der geringe Frauenanteil, der bei den von uns erfassten ukrainischen politischen Eliten bis 2015 unter 10 Prozent liegt und 2020 leicht auf 13 Prozent steigt. Ebenfalls 2020 haben Frauen in der Ukraine einen Anteil von 20 Prozent im Parlament der Ukraine und 14 Prozent in der vom Parlament bestätigten Regierung. Noch geringer war ihr Anteil in den Elitenpositionen, die »hinter den Kulissen« besetzt werden – in der Ukraine etwa Gouverneur:innen, die Leiter:innen wichtiger staatlicher Institutionen oder Unternehmen. Dieses Bild zeigt sich auch in den anderen von uns erfassten Ländern (wobei der Frauenanteil nur in Ostdeutschland deutlich höher ist).

Politische Eliten unter Präsident Selenskyj

Wolodymyr Selenskyj war mit seiner neu gegründeten Partei »Diener des Volkes« 2019 explizit angetreten, um die alten politischen Eliten durch neue Personen zu ersetzen. Bei den Parlamentswahlen stellte seine Partei nur Kandidat:innen auf, die bisher noch nicht im Parlament vertreten waren. Der Sieg bei den Präsidenten- und Par-

lamentswahlen führte so tatsächlich zu einem stärkeren Elitenwechsel als nach den Massenprotesten der Orangen Revolution 2004 oder dem Euromaidan 2014. Nicht nur die alten sozialistischen Eliten waren verschwunden. Die Mehrheit der politischen Eliten war nicht einmal vor 2014 politisch aktiv gewesen.

Bezogen auf sozio-demographische Kriterien unterschieden sich die politischen Eliten nach 2019 kaum von ihren Vorgänger:innen. Das Durchschnittsalter lag seit 2015 bei knapp 50 Jahren. Der Anteil der Frauen stieg leicht (auf bescheidene 20 Prozent im Jahr 2023). Beim beruflichen Hintergrund lagen die Werte im Bereich der früheren Jahre – mit Ausnahme des Aufstiegs einer kleinen Gruppe aus dem Bereich Unterhaltung/Medien. Die einzige erkennbare Trendwende ist der starke Rückgang des Anteils der Multi-Millionär:innen – vor allem wohl im Kontext der Korruptionsbekämpfung und eines Gesetzes zur De-Oligarchisierung.

Da Selenskyj systematisch auf Neueinsteiger:innen in die Politik setzte, war das entscheidende Merkmal der politischen Eliten nun fehlende politische Erfahrung. Dies hatte drei zentrale Folgen für die Entwicklung der politischen Eliten in seiner bisherigen Amtszeit. Erstens erwiesen sich einige von Selenskyjs Kandidat:innen als wenig geeignet oder überfordert. Exemplarisch zeigt sich dies bei häufigen Wechseln in der Regierungsmannschaft. Zweitens orientierte sich Selenskyj anscheinend oft an seiner persönlichen Einschätzung der Zuverlässigkeit und Kompetenz von Kandidat:innen. So holte er vergleichsweise oft Personen in sein engeres Team, mit denen er vor seiner politischen Karriere im Unterhaltungsbereich zusammengearbeitet hatte. Drittens geriet Selenskyj am häufigsten in Konflikte mit den Teilen der politischen Eliten, die bereits länger im Amt waren und vom ihm nicht entlassen werden konnten.

Die Strategie Selenskyjs ist durchaus verständlich. In einem teilweise korrumpierten und durch politische Machtkämpfe belasteten Umfeld ist es naheliegend, möglichst das gesamte Personal auszutauschen und auf Personen zu setzen, die ihre Loyalität bereits bewiesen haben. Der großflächige russische Angriffskrieg mit der Enttarnung von Spionage-Netzwerken und Attentatsplänen auf den Präsidenten verstärkt diese Logik noch einmal. Dadurch kamen viele Personen in einflussreiche politische Ämter, die Selenskyj aus seiner Zeit als TV-Entertainer und Produzent kannte. Das prominenteste Beispiel ist sicher Andrij Jermak, der bereits 2010 mit Selenskyj zusammenarbeitete und 2020 zum Leiter des Präsidialamtes wurde. Jermak wird auch nachgesagt, seinerseits Personen zu fördern, die ihm nahestehen, zuletzt bei der Auswahl des Direktors des Nationalen

Antikorruptionsbüros im März 2023. Ein weiteres Beispiel ist Serhij Ionushas, dessen Anwaltskanzlei die Interessen von Selenskyjs Produktionsgesellschaft »Kwartal 95« vertrat. Bereits 2019 war er im Wahlkampfteam Selenskyjs für die Rechtsreform zuständig und wurde anschließend zum Leiter der Präsidialkommission für Rechtsreformen ernannt. Im Parlament übernahm er den Vorsitz des Rechtsausschusses. Im Ergebnis gibt es unter den politischen Eliten des Jahres 2023 viele ohne längere politische Erfahrung, viele Jurist:innen, oft mit Schwerpunkt im Medienrecht, sowie einen nennenswerten Anteil aus dem Bereich Unterhaltung/Medien.

Gleichzeitig ist es aber für Demokratie und Rechtsstaat wichtig, dass die Rekrutierung politischer Eliten nach etablierten Verfahren und leistungsbezogenen Kriterien erfolgt. Für die staatlichen Organe der Korruptionsbekämpfung sind hierfür ausgefeilte Auswahlprozesse entwickelt worden. Solange das Kriegsrecht gilt, wird die Zusammensetzung der politischen Eliten vor allem über die Kombination aus persönlicher Auswahl durch den Präsidenten und institutionalisierter Auswahlprozesse erfolgen. Nach Ende des Kriegsrechts wird die Bevölkerung in Parlamentswahlen einen Teil der politischen Eliten neu bestimmen.

Fazit

Mit den Daten der oben beschriebenen international vergleichenden Elitenstudien lässt sich der Wandel der ukrainischen politischen Eliten seit der Unabhängigkeit bis 2023 nachverfolgen. Es zeigt sich, dass die Zusammensetzung der Eliten in der Ukraine weitgehend den gleichen Mustern folgt wie in Ostmitteleuropa.

Der Wechsel der im Sozialismus aktiven Eliten dauerte länger, wurde aber 2023 abgeschlossen. Einer der sichtbaren Unterschiede (abgesehen von Ungarn) ist der große Anteil der Multi-Millionär:innen, der vor allem auf den großen politischen Einfluss der Oligarchen zurückzuführen ist.

Mit dem Wahlsieg Selenskyjs und seiner Partei sind ab 2019 viele Neueinsteiger:innen in die Politik gekommen, die gleichzeitig alte Partner:innen von Selenskyj aus der Unterhaltungsbranche und dem Medienrecht sind. Dadurch entsteht ein gewisses Spannungsverhältnis zu institutionalisierten und auf Kompetenz und Integrität (aber nicht Loyalität) bezogenen staatlichen Rekrutierungsprozessen. Das als Reaktion auf den russischen Angriffskrieg verhängte Kriegsrecht verschärft diese Spannung, da Loyalität wichtiger wird und Transparenz durch Geheimhaltungspflichten eingeschränkt ist.

Über die Autoren

Oksana Chorna ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des SFB 1342 an der Forschungsstelle Osteuropa, Universität Bremen.

Prof. Dr. *Heiko Pleines* leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Diese Publikation und die zugrundeliegende Elitenstudie ist im Rahmen des Teilprojektes 7 des Verbundprojektes »Mod-Block« entstanden, das vom BMBF gefördert wird.

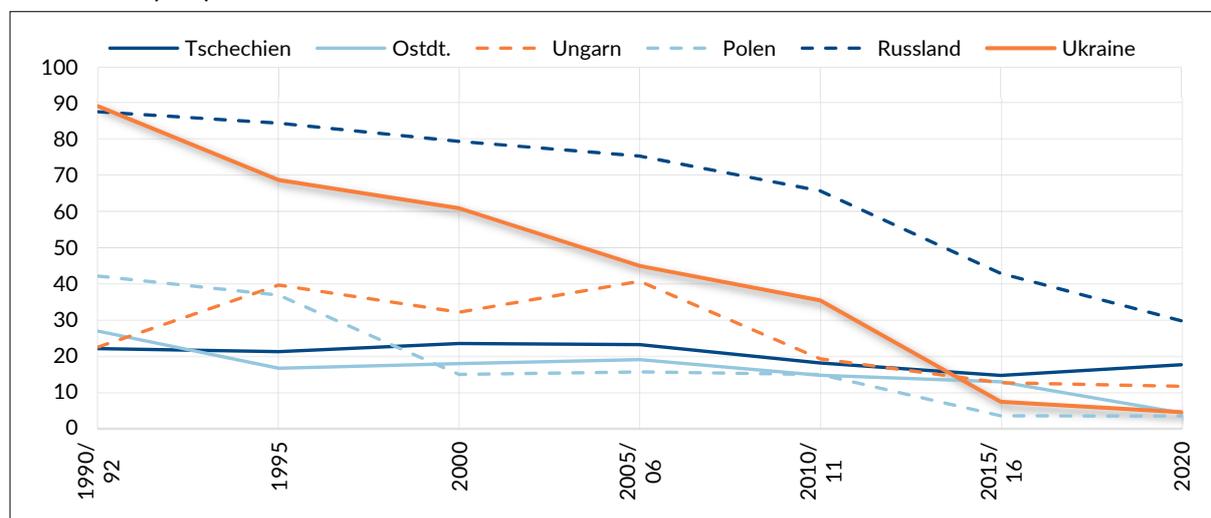
Lesetipps

- Oksana Chorna u. a. (2023): Dataset »Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe«, v. 1.1, Discuss Data, <https://doi.org/10.48320/40A44168-EC91-460B-BC16-429B1D0F432D>
- Heinrich Best / John Higley (2018): Introduction, in: Heinrich Best / John Higley (eds): The Palgrave Handbook of Political Elites, London: Palgrave Macmillan, 1–6.
- Kostiuhenko, Tetiana (2012). Elite continuity in Ukraine: when networks matter (?). *Historical Social Research*, 37(2), 14–25.
- Semenova, Elena (2012): Patterns of Parliamentary Representation and Careers in Ukraine. 1990–2007, in: *East European Politics and Societies* 26 (3), 538–560.

STATISTIK

Wandel der politischen Elite in der Ukraine im Vergleich

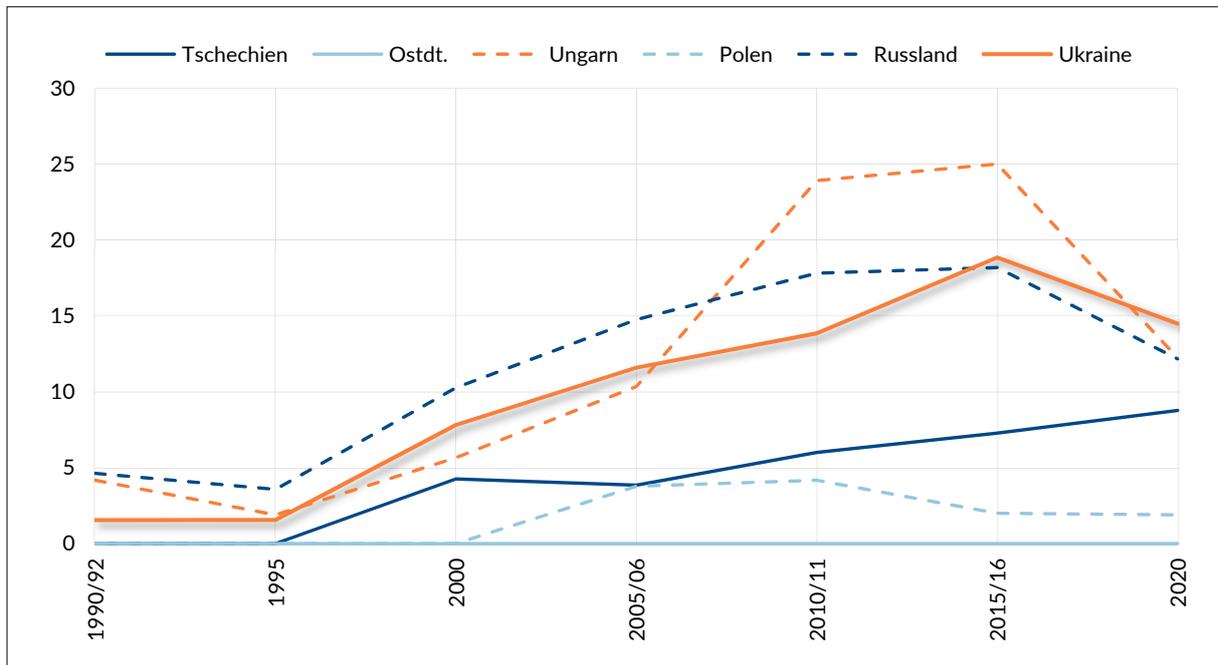
Grafik 1: Anteil »ehemaliger aktiver Unterstützer des sozialistischen Regimes« unter den politischen Eliten (in %)



	1990/92	1995	2000	2005/06	2010/11	2015/16	2020
Tschechien	22	21,15	23,4	23,08	18	14,55	17,54
Ostdeutschland (Ostdd.)	26,83	16,54	17,83	18,94	14,6	12,77	4,14
Ungarn	22,45	39,62	32,08	40,67	19,15	12,5	11,54
Polen	42,11	36,84	14,82	15,52	14,82	3,33	3,28
Russland	87,69	84,52	79,49	75,41	65,76	42,86	29,73
Ukraine	89,23	68,75	60,93	44,93	35,38	7,25	4,35

Quelle: Oksana Chorna u. a. (2023): Dataset »Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe«, v. 1.1, Discuss Data, <https://doi.org/10.48320/40A44168-EC91-460B-BC16-429B1D0F432D>

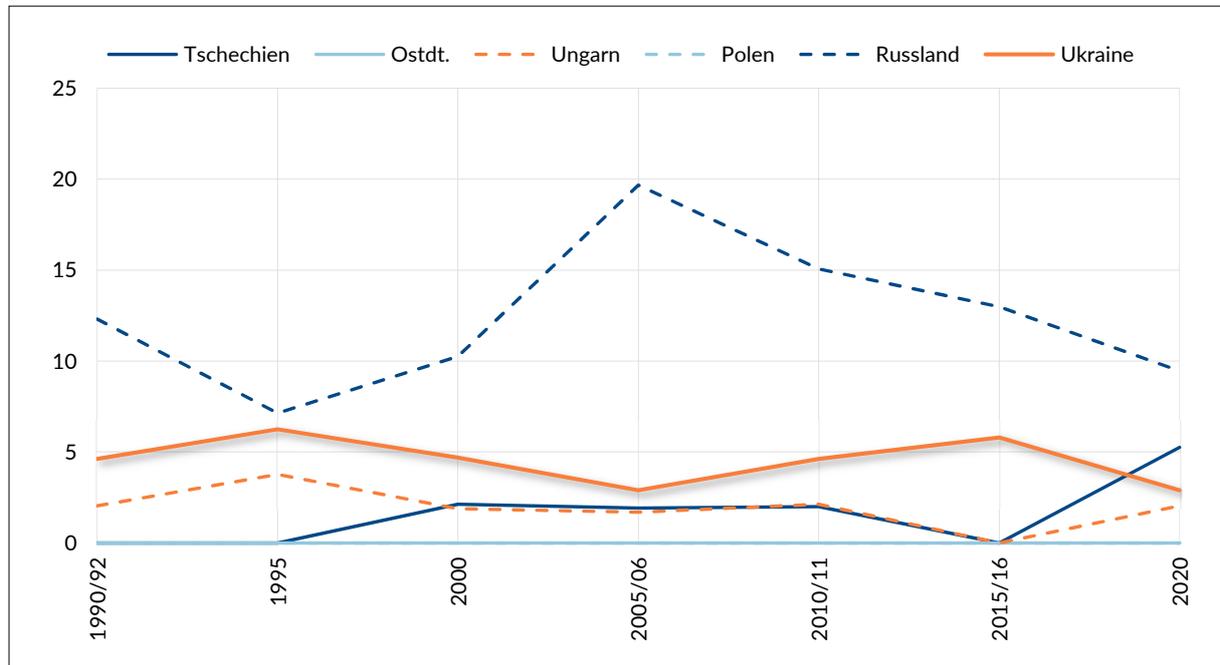
Grafik 2: Anteil der Multimillionäre unter den politischen Eliten (in %)



	1990/92	1995	2000	2005/06	2010/11	2015/16	2020
Tschechien	0	0	4,26	3,85	6	7,27	8,77
Ostdeutschland (Ostdt.)	0	0	0	0	0	0	0
Ungarn	4,17	1,89	5,66	10,34	23,91	25	12,24
Polen	0	0	0	3,77	4,17	2	1,89
Russland	4,62	3,57	10,26	14,75	17,81	18,18	12,16
Ukraine	1,54	1,56	7,81	11,59	13,85	18,84	14,49

Quelle: Oksana Chorna u.a. (2023): Dataset »Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe«, v. 1.1, Discuss Data, <https://doi.org/10.48320/40A44168-EC91-460B-BC16-429B1D0F432D>

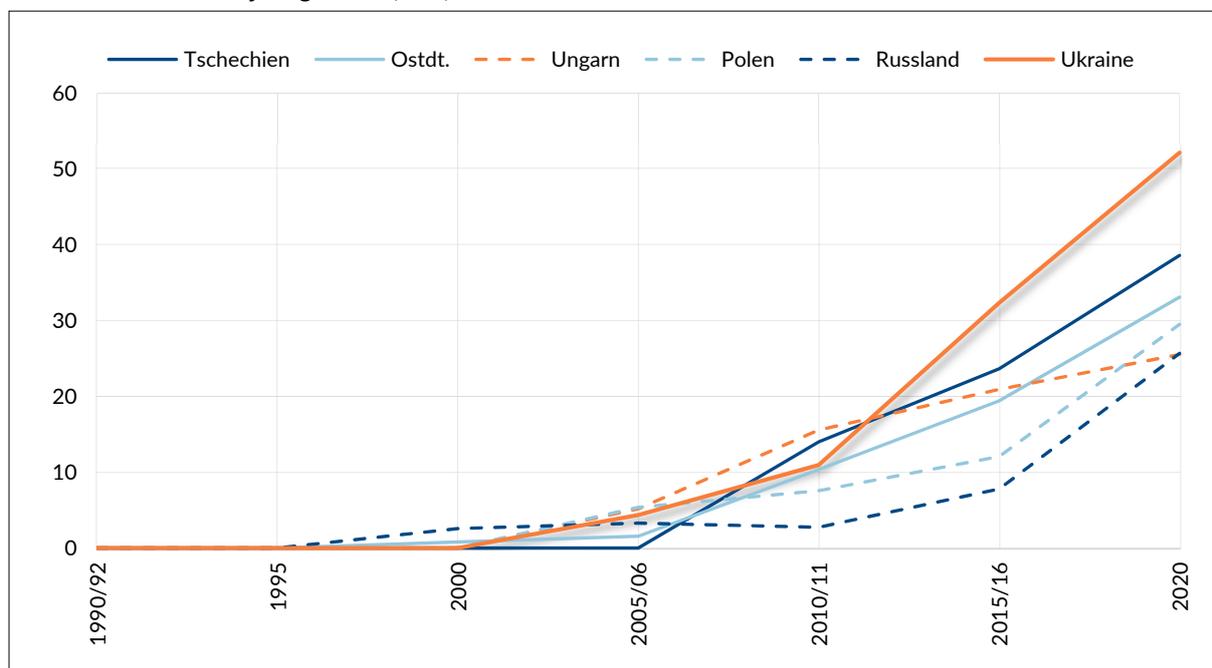
Grafik 3: Anteil der »Silowiki« (Personen mit Militär/Geheimdiensthintergrund) unter den politischen Eliten (in %)



	1990/92	1995	2000	2005/06	2010/11	2015/16	2020
Tschechien	0	0	2,13	1,92	2	0	5,26
Ost-deutschland (Ostdt.)	0	0	0	0	0	0	0
Ungarn	2,04	3,77	1,89	1,69	2,13	0	2,04
Polen	0	0	0	0	0	0	0
Russland	12,31	7,14	10,26	19,67	15,07	12,99	9,46
Ukraine	4,62	6,25	4,69	2,9	4,62	5,8	2,9

Quelle: Oksana Chorna u.a. (2023): Dataset »Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe«, v. 1.1, Discuss Data, <https://doi.org/10.48320/40A44168-EC91-460B-BC16-429B1D0F432D>

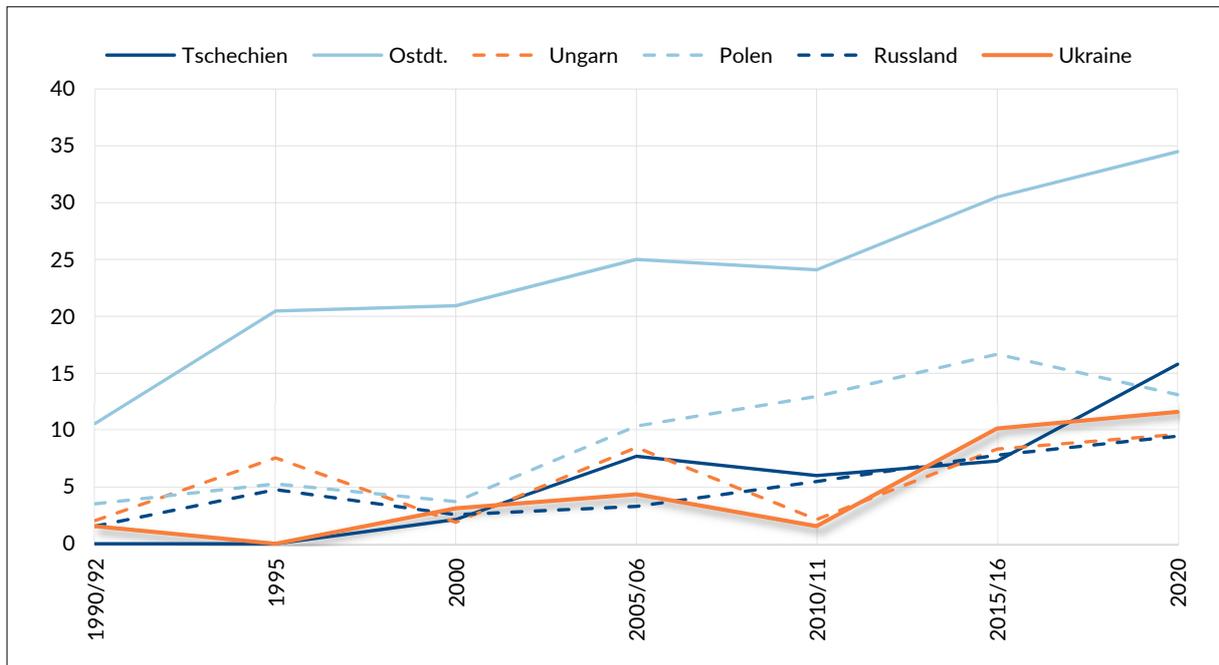
Grafik 4: Anteil der Personen unter den politischen Eliten, die zum Ende des Sozialismus (Stichjahr 1989) noch nicht volljährig waren (in %)



	1990/92	1995	2000	2005/06	2010/11	2015/16	2020
Tschechien	0	0	0	0	14	23,64	38,6
Ostdeutschland (Ostdt.)	0	0	0,8	1,56	10,37	19,42	33,1
Ungarn	0	0	0	5,17	15,56	20,93	25,53
Polen	0	0	0	5,36	7,55	12,07	29,51
Russland	0	0	2,56	3,28	2,74	7,79	25,68
Ukraine	0	0	0	4,35	10,94	32,35	52,17

Quelle: Oksana Chorna u.a. (2023): Dataset »Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe«, v. 1.1, Discuss Data, <https://doi.org/10.48320/40A44168-EC91-460B-BC16-429B1D0F432D>

Grafik 5: Frauenanteil unter den politischen Eliten (in %)



	1990/92	1995	2000	2005/06	2010/11	2015/16	2020
Tschechien	0	0	2,13	7,69	6	7,27	15,79
Ost-deutschland (Ostdt.)	10,57	20,47	20,93	25	24,09	30,5	34,48
Ungarn	2,04	7,55	1,89	8,47	2,13	8,33	9,62
Polen	3,51	5,26	3,7	10,34	12,96	16,67	13,11
Russland	1,54	4,76	2,56	3,28	5,48	7,79	9,46
Ukraine	1,54	0	3,12	4,35	1,54	10,14	11,59

Quelle: Oksana Chorna u.a. (2023): Dataset »Characteristics of Political Elites: Long-term Trends in Post-Socialist Central and Eastern Europe«, v. 1.1, Discuss Data, <https://doi.org/10.48320/40A44168-EC91-460B-BC16-429B1D0F432D>

22. März – 04. April 2023

22.03.2023	Das ukrainische Militär schießt in der Nacht 16 von 21 russischen Shahed-Drohnen ab, die die Ukraine angegriffen haben, teilt der Generalstab der ukrainischen Streitkräfte mit. Sechs Menschen in der Kyjiwer Oblast kommen durch die Drohnenangriffe ums Leben. In Saporischschja werden zwei Wohnhäuser von Raketen getroffen. Nach Angaben des Bürgermeisters kommt dabei eine Person ums Leben, 34 weitere werden verletzt. Die schwersten Kämpfe zwischen russischen und ukrainischen Truppen finden im Gebiet Donezk statt, vor allem um die Stadt Bachmut, berichtet der Generalstab.
22.03.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj besucht die Front in der Nähe von Bachmut, um sich vor Ort über die Lage zu informieren und Soldat:innen für ihre Verdienste auszuzeichnen: »Ich fühle mich geehrt, heute hier im Osten unseres Landes, im Donbas, zu sein, um unsere Helden auszuzeichnen, Ihnen zu danken und die Hände zu schütteln. Ich danke Ihnen für den Schutz des Staates, seiner Souveränität und des Ostens der Ukraine«, so Selenskyj.
22.03.2023	Laut einer aktualisierten Schätzung der Kyiv School of Economics beläuft sich der durch den russischen Krieg verursachte Gesamtschaden in der Ukraine auf 143,8 Milliarden US-Dollar.
22.03.2023	Einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung zufolge unterstützen 65 Prozent der Europäer:innen den EU-Beitritt der Ukraine in den nächsten Jahren. 61 Prozent befürworten außerdem, dass die EU der Ukraine Waffen zur Verteidigung gegen Russland zur Verfügung stellt.
22.03.2023	Der frühere Leiter des Staatlichen Eigentumsfonds, Dmytro Sennytschenko, wird beschuldigt, 500 Mio. Hrywnja (ca. 12,4 Millionen US-Dollar) veruntreut zu haben, teilt die Antikorruptionsstaatsanwaltschaft der Ukraine mit. Sennytschenko soll eine kriminelle Organisation gegründet haben, die zwischen 2019 bis 2021 illegal Gelder von mehreren staatlichen Unternehmen abgezweigt haben soll.
23.03.2023	Die Slowakei übergibt vier der 13 zugesagten MiG-29-Jets an die Ukraine, teilt das slowakische Außenministerium mit. Spaniens Verteidigungsministerium erklärt, sechs der zehn zugesagten Leopard-2-Panzer bis Ende kommender Woche zu übergeben. Das schwedische Parlament verabschiedet ein weiteres Militärhilfepaket für die Ukraine im Wert von 600 Millionen US-Dollar. Dieses umfasst Leopard-2-Panzer, selbstfahrende Artilleriesysteme des Typs Archer, Hawk-Raketensysteme sowie Munition. Finnlands Verteidigungsministerium teilt mit, der Ukraine sechs, statt der bisher versprochenen drei Leopard-2-Kampfpanzer zu liefern.
23.03.2023	Der ukrainische Generalstaatsanwalt Andrij Kostin und der Kanzler des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag, Peter Lewis, unterzeichnen eine Vereinbarung über die Eröffnung eines IStGH-Büros in der Ukraine. Das Büro soll die Zusammenarbeit bei der Aufklärung von russischen Kriegsverbrechen erleichtern. Der ukrainische Generalstaatsanwalt hat Zehntausende Kriegsverbrechen durch russische Soldaten dokumentiert. Die Europäische Union teilt am gleichen Tag in einer Erklärung mit, dass sie einen internationalen Mechanismus zur Dokumentation und Bestrafung russischer Verbrechen in der Ukraine unterstütze.
23.03.2023	Die Weltbank erhöht ihre Schätzung des Bedarfs der Ukraine für die wirtschaftliche Erholung und den Wiederaufbau auf mindestens 411 Mrd. US-Dollar. Das entspricht etwa dem 2,6-fachen des Bruttoinlandsprodukts der Ukraine.
23.03.2023	Mitglieder der Ukrainisch Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats (UOK-MP) beginnen laut Kulturminister Oleksandr Tkatschenko damit, die Räumlichkeiten des Kyjiwer Höhlenklosters zu verlassen. Eine ressortübergreifende Kommission werde den Zustand der Räumlichkeiten untersuchen, so der Minister. Für fehlendes Eigentum werde die UOK-MP zur Verantwortung gezogen werden. Zuvor hatte das Kulturministerium am 10. März erklärt, dass die Geistlichen der UOK-MP das wichtigste orthodoxe Kloster der Ukraine bis zum 29. März räumen müssen.
24.03.2023	Bei Angriffen Russlands auf die Ukraine unter anderem in der Oblast Sumy sterben nach Angaben der ukrainischen Behörden mindestens 10 Menschen, 20 werden verletzt. In Kostjantyniwka in der Oblast Donezk wird ein humanitäres Hilfszentrum von Raketen getroffen, wodurch drei Binnengeflüchtete umkommen. Insgesamt verzeichnet der Generalstab der Ukraine 38 russische Angriffe. Besonders schwere Kämpfe gebe es um die Städte Bachmut, Marinka und Awdijiwka, welches Russland versuche einzukesseln, so ein Sprecher der ukrainischen Armee.
24.03.2023	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj erörtert mit einer Delegation der Weltbank den Wiederaufbaubedarf der Ukraine. Nach Angaben des ukrainischen Präsidialamtes geht es vor allem um die Bereiche Verkehrs- und Energieinfrastruktur sowie Gesundheitsversorgung.

24.03.2023	Die Mission des UN-Menschenrechtsbüros in der Ukraine veröffentlicht einen Bericht über Menschenrechtsverletzungen und die Behandlung von Kriegsgefangenen während eines sechsmonatigen Zeitraums bis zum 31. Januar 2023. Die Ergebnisse basieren auf Interviews mit mehr als 400 Kriegsgefangenen sowie 127 Zivilist:innen. 90 Prozent berichten, von Angehörigen der russischen Streitkräfte und des russischen Sicherheitsdienstes gefoltert und misshandelt worden zu sein. Das ukrainische Außenministerium kritisiert den Bericht, da nicht nur ukrainische sondern auch russische Kriegsgefangene befragt wurden, wodurch der Aggressor zum Opfer gemacht werde.
24.03.2023	Laut dem Minister für Umweltschutz und natürliche Ressourcen der Ukraine, Ruslan Strilez, haben mehr als fünf Millionen Menschen in der Ukraine keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Darüber hinaus sind rund 70 Prozent der ukrainischen Bevölkerung von Wassermangel bedroht, da die Wasserinfrastruktur des Landes durch gezielte russische Angriffe regelmäßig beschädigt oder zerstört wird.
25.03.2023	Der Generalstab der ukrainischen Armee berichtet, dass die Ukraine in den vergangenen 24 Stunden mehr als 50 russische Angriffe, vor allem in Lyman, Bachmut, Awdijiwka und Marinka, erfolgreich abgewehrt habe. Die Stadt Wuhledar sei inzwischen fast vollständig zerstört.
25.03.2023	Unter Berufung auf einen Bericht der Weltbank teilt das Gesundheitsministerium der Ukraine mit, dass durch Russlands Krieg mindestens 978 medizinische Einrichtungen in der Ukraine zerstört oder beschädigt worden seien und der Schaden sich auf etwa 2,5 Milliarden US-Dollar belaufe.
26.03.2023	Der Generalstab der Ukraine berichtet, dass Russland seit Beginn der Invasion inzwischen mehr als 170.000 Soldaten in der Ukraine verloren habe. Außerdem habe Russland 3.595 Panzer, 6.947 gepanzerte Kampffahrzeuge, 5.486 Fahrzeuge und Treibstofftanks, 2.631 Artilleriesysteme, 522 Mehrfachraketenwerfer, 277 Luftabwehrsysteme, 305 Flugzeuge, 291 Hubschrauber, 2.216 Drohnen und 18 Boote verloren, so der tägliche Lagebericht des Generalstabs.
26.03.2023	Der Leiter der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Rafael Grossi, reist zum zweiten Mal zum Kernkraftwerk Saporischschja, um nach eigenen Angaben »die Situation der nuklearen Sicherheit in der Anlage aus erster Hand zu beurteilen«. Das größte Kernkraftwerk Europas in Enerhodar am Südufer des Flusses Dnipro ist seit einem Jahr von russischen Truppen besetzt und wurde im November 2022 aufgrund des häufigen Beschusses vollständig vom ukrainischen Stromnetz getrennt.
27.03.2023	Die Ukraine schießt über Nacht 12 von 13 Shahed-Drohnen ab, mit denen das russische Militär unter anderem die Hauptstadt Kyjiw angegriffen hatte. Bei einem Raketenangriff auf Slowjansk kommen zwei Menschen ums Leben, 29 werden verletzt. Die schwersten Gefechte gibt es um die Städte Bachmut, Marinka und Awdijiwka.
27.03.2023	Der Leiter der Militärverwaltung der Stadt Awdijiwka im Gebiet Donezk, Witalij Barabasch, erklärt, dass aufgrund der sich verschlechternden Lage in der Frontstadt die Einreise für Journalist:innen und Freiwillige ab sofort verboten ist.
27.03.2023	DER SPIEGEL berichtet, dass die Ukraine 18 Leopard-2-Panzer sowie 40 Marder Infanteriefahrzeuge aus Deutschland erhalten habe. Auch britische Challenger-2 Panzer seien inzwischen in der Ukraine angekommen, berichtet der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow.
28.03.2023	Durch russischen Beschuss auf neun ukrainische Regionen sind in den vergangenen 24 Stunden acht Menschen gestorben und 66 wurden verletzt, berichtet das Verteidigungsministerium der Ukraine.
28.03.2023	Das Ministerium für Reintegration bestätigt die Deportation von mehr als 19.000 ukrainischen Kindern nach Russland. Russische Streitkräfte haben 19.514 ukrainische Kinder unrechtmäßig nach Russland deportiert oder abgeschoben, was gegen die Genfer Konventionen verstößt, berichtet das Ministerium per Telegram.
28.03.2023	Mit großer Mehrheit erkennt die französische Nationalversammlung den Holodomor als Völkermord an der ukrainischen Bevölkerung an. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj bedankt sich für die Anerkennung. Im letzten Jahr hatten zahlreiche andere Länder, darunter auch Deutschland, die menschengemachte Hungersnot 1932–1933 in der Sowjetukraine, der mehr als 3,5 Mio. Menschen zum Opfer fielen, als Völkermord anerkannt.
29.03.2023	Der ukrainische Generalstab räumt ein, dass die ukrainische Armee zwar noch immer Teile der weitgehend zerstörten Stadt Bachmut kontrolliere, die russische Armee allerdings vorgerückt sei. Die russischen Verluste sind laut Verteidigungsminister Oleksij Resnikow allerdings sehr hoch: Gegenüber estnischen Medien spricht er von »mindestens 500 Soldaten«, die Russland täglich in Bachmut verliere. Resnikow bestätigt zudem, dass die Ukraine für den Frühling eine große Offensive »in mehrere Richtungen« plane, ohne weitere Details preiszugeben. Der britische Verteidigungsminister Ben Wallace berichtet unter Berufung auf US-Geheimdienste, dass es auf russischer Seite inzwischen mehr als 220.000 tote oder verletzte Soldaten gebe.

29.03.2023	Die Nationalbank der Ukraine (NBU) revidiert ihre Wachstumsprognose für 2023. Die NBU erwartet laut einem Bericht von Forbes, dass das ukrainische BIP im laufenden Jahr um 1 Prozent wachsen wird. Ursprünglich rechnete die NBU für 2023 mit einem Wachstum von 0,3 Prozent.
29.03.2023	Die Bundesregierung stellt der Ukraine weitere 12 Milliarden Euro an Militärhilfen bereit, berichtet Reuters. Das Hilfspaket umfasst 3,2 Milliarden Euro für das Jahr 2023 sowie Kreditlinien im Wert von 8,8 Milliarden Euro für einen Zeitraum zwischen 2024 und 2032.
30.03.2023	Das US-Verteidigungsministerium berichtet, dass ukrainische Soldaten das Patriot-Raketentraining abgeschlossen haben. Laut einem Sprecher des Pentagons haben 65 ukrainische Soldaten die Ausbildung an Patriot-Luftabwehrsystemen in Fort Sill, Oklahoma, abgeschlossen und sind nach Europa zurückgekehrt.
30.03.2023	Japan stellt der Ukraine 400 Millionen US-Dollar für den Wiederaufbau bereit, teilt das Infrastrukturministerium der Ukraine mit. Mit dem Geld soll schwerbeschädigte kritische Infrastruktur wiederhergestellt werden, die in den vergangenen Monaten gezielt von Russland angegriffen worden war.
31.03.2023	Präsident Wolodymyr Selenskyj nimmt zusammen mit den Premierministern der Slowakei, Sloweniens und Kroatiens sowie dem Präsidenten der Republik Moldau an einer Zeremonie zum ersten Jahrestag der Befreiung von Butscha teil. Butscha war für fünf Wochen von russischen Soldaten besetzt war und wurde am 31. März 2022 von der ukrainischen Armee befreit. Alleine in und um Butscha wurden mehr als 1.400 Menschen getötet und mehr als 9.000 Kriegsverbrechen dokumentiert, weshalb die Stadt als Symbol für russische Kriegsverbrechen an der ukrainischen Zivilbevölkerung gilt.
31.03.2023	Das Europäische Polizeiamt Europol, das eng mit dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zusammenarbeitet, teilt mit, nach der Auswertung von 550 Zeugenaussagen sowie 7.000 Videos und Bildern 150 Verdächtige für russische Kriegsverbrechen in der Ukraine identifiziert zu haben.
31.03.2023	Das Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR) verzeichnet seit Beginn des russischen Krieges in der Ukraine mehr als 8.400 zivile Todesopfer und über 14.000 verwundete Zivilisten. Laut dem UN-Menschenrechtsbeauftragten Volker Türk seien diese Zahlen jedoch nur »die Spitze des Eisbergs«, die tatsächlichen Opferzahlen dürften weitaus höher sein.
31.03.2023	Der Internationale Währungsfonds (IWF) genehmigt der Ukraine eine Finanzierungshilfe in Höhe von 15,6 Milliarden US-Dollar über die nächsten vier Jahre. Etwa 2,7 Milliarden US-Dollar sollen sofort ausgezahlt werden, um die wirtschaftliche und finanzielle Stabilität der Ukraine zu sichern. Das Geld ist Teil eines Unterstützungspakets für die Ukraine in Höhe von insgesamt 115 Milliarden US-Dollar.
01.04.2023	Der Generalstab meldet heftige Kämpfe im Gebiet Donezk in der Nähe der Städte Bachmut, Awdijiwka und Marinka. In Awdijiwka werden durch Raketenangriffe wichtige Objekte der Infrastruktur getroffen.
01.04.2023	Der oberste US-General Mark Milley hält einen schnellen Sieg der Ukraine für unwahrscheinlich. Er geht nicht davon aus, dass die Ukraine in diesem Jahr alle russischen Truppen von ihrem Territorium vertreiben könne, so Milley in einem Interview.
01.04.2023	Ein Kyjiwer Gericht stellt den Metropoliten Pawlo (Petro Lebid) von der Ukrainisch Orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchat (UOK-MP) für 60 Tage unter Hausarrest. Ihm wird vorgeworfen, Hass zu schüren und den Krieg Russlands gegen die Ukraine zu rechtfertigen. Er soll zur »Einheit« mit Russland aufgerufen und erklärt haben, dass »die Krim nie ukrainisch gewesen sei«. Die Ukraine wirft seit Beginn der russischen Invasion der UOK-MP vor, pro-russische Propaganda zu verbreiten und die ukrainische Gesellschaft zu spalten.
01.04.2023	Präsident Wolodymyr Selenskyj unterzeichnet zwei Dekrete zur Verhängung von Sanktionen gegen 650 russische Beamte, Kollaborateure und Unternehmen, die »für die russische Aggression arbeiten«, sowie gegen Personen, die mit der russischen Militärindustrie in Verbindung stehen.
01.04.2023	Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius teilt der Zeitung »Die Welt« mit, dass die NATO-Länder der Ukraine insgesamt 160 Panzer – zwei Bataillone Leopard-2-Kampfpanzer und vier Bataillone Leopard-1-Panzer – zur Verfügung stellen werden. Das ist etwa die Hälfte der 300 Panzer, die die Ukraine laut dem Oberkommandierenden der ukrainischen Streitkräfte, General Walerij Saluschnyj, für ihre Gegenoffensive benötigt.
02.04.2023	Bei einem russischen Raketenangriff auf Kostjantyniwka im Gebiet Donezk kommen sechs Menschen ums Leben.
02.04.2023	Jewgeni Prigoschin, Chef der russischen »Wagner«-Privatarmee, verkündet, dass seine Kämpfer das Zentrum von Bachmut erobert und die russische Flagge über dem Rathaus der Stadt gehisst haben.
03.04.2023	Die ukrainische Armee widerspricht der Darstellung von Jewgeni Prigoschin, dass seine Kämpfer das Zentrum von Bachmut eingenommen hätten und spricht von weiterhin andauernden Gefechten. Russland versucht seit acht Monaten, die Kleinstadt in der Region Donezk einzunehmen.

03.04.2023	Laut UN wurden seit dem 24. Februar 2022 durch den russischen Angriffskrieg mindestens 501 Kinder in der Ukraine getötet. »Dies ist nur die von der UN verifizierte Zahl. Die tatsächliche Zahl ist wahrscheinlich viel höher«, so die UNICEF-Direktorin Catherine Russell.
03.04.2023	Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck trifft mit einer Delegation von Wirtschaftsvertreter:innen in der Ukraine ein, um Gespräche über den Wiederaufbau der Ukraine zu führen. Der Schwerpunkt der Gespräche liegt auf dem Thema Energiewirtschaft. Habeck reist mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj auch in das Dorf Jahidne in der Oblast Tschernihiw, wo sie mit Opfern der russischen Besatzung sprechen. Im befreiten Jahidne hielten die russischen Besatzer in einem Keller mehr als 350 Zivilist:innen, darunter 50 Kinder, fast einen Monat lang gefangen; dabei starben 11 Menschen.
03.04.2023	Der außenpolitische Berater des polnischen Präsidenten, Marcin Przydacz, teilt mit, dass Polen die erste Charge von MiG-29-Kampffjets an die Ukraine geliefert habe. Zuvor hatte bereits die Slowakei vier MiG-29-Kampffjets an die Ukraine geliefert.
03.04.2023	Die russische Invasion hat dem ukrainischen Kulturerbe Schäden in Höhe von mehr als 2,6 Mrd. US-Dollar zugefügt. Dies geht aus einem Bericht der ukrainischen Regierung, der Weltbank, der Europäischen Kommission und der Vereinten Nationen hervor.
03.04.2023	Die Ukraine erhält vom Internationalen Währungsfonds (IWF) eine erste Tranche über 2,7 Milliarden US-Dollar, teilt das ukrainische Finanzministerium mit. Die Tranche ist Teil eines größeren IWF-Hilfspaketes über 15,6 Mrd. US-Dollar, das der Ukraine in den nächsten vier Jahren zur Verfügung gestellt wird.
03.04.2023	Laut Washington Post zeigen neue Satellitenbilder, dass Russland die Verteidigungsanlagen auf der Krim verstärkt. Auf den Bildern erkennt man, dass Russland in den letzten Monaten Dutzende von neuen Verteidigungsanlagen auf der seit 2014 annektierten Halbinsel errichtet hat, die sich über viele Kilometer erstrecken.
04.04.2023	In der Nacht schießt die Ukraine 14 russische Shahed-Drohnen aus iranischer Produktion ab, die vermutlich von der Ostküste des Asowschen Meeres aus gestartet waren.
04.04.2023	Das US-Verteidigungsministerium kündigt ein neues Militärhilfepaket für die Ukraine im Wert von 2,6 Mrd. US-Dollar an. Das neue Paket umfasst Munition für HIMARS, Luftabwehr, Artilleriegeschosse, Panzerabwehrsysteme, Kleinwaffen, schwere Transportfahrzeuge und andere Ausrüstung.
04.04.2023	Außenminister Dmytro Kuleba nimmt an einem NATO-Treffen in Brüssel teil. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg fordert eine jährliche Zahlung von je 500 Mio. von den NATO-Staaten an die Ukraine. Dies würde die ukrainische Verhandlungsposition stärken, die im Wesentlichen von der Situation auf dem Schlachtfeld abhängt, wofür die Ukraine wiederum auf westliche militärische Unterstützung angewiesen sei.
04.04.2023	Die Ukraine benötigt 37 Milliarden US-Dollar für die Minenräumung, teilt der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal unter Berufung auf eine Einschätzung der Weltbank mit. Im Januar 2023 berichtete Schmyhal, dass rund 250.000 Quadratkilometer der Ukraine – fast 40 Prozent des gesamten Landes – seit Beginn der russischen Invasion im vergangenen Jahr vermint worden seien.
04.04.2023	Der frühere US-Präsident Bill Clinton bedauert, die Ukraine 1994 zur Denuklearisierung überredet zu haben: »Ich fühle mich persönlich betroffen, weil ich sie (die Ukraine) überredet habe, ihre Atomwaffen aufzugeben. Und keiner von ihnen sollte glauben, dass Russland dieses Kunststück vollbracht hätte, wenn die Ukraine ihre Waffen noch gehabt hätte«, so Clinton in einem Interview.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Chronik: Dr. Eduard Klein
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2023 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.